



Sie befinden sich hier: » Märkische Allgemeine » Nachrichten » Politik » **MAZ exklusiv**

10.06.2008

STEUERN: Kilometergeld statt Pauschale

In der SPD gibt es Ideen, wie man ärmeren Pendlern helfen kann

POTSDAM - Herr Müller hat ein Jahreseinkommen von 100 000 Euro, Herr Meier verdient 20 000 Euro im Jahr. Beide sind verheiratet, kinderlos und fahren werktäglich 40 Kilometer bis zur Arbeit. Dank der Entfernungspauschale hat Müller eine jährliche Steuerersparnis von satten 796,26 Euro, während sich Meiers Steuerlast nur um 115,09 Euro reduziert – eine Folge des progressiven Steuertarifs. Die steigenden Spritpreise treffen Müller wie Meier aber gleichermaßen. Ist das gerecht?

Nein, sagte sich Peter Danckert, sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter aus Brandenburg, und schrieb einen Brief an seine Fraktionskollegen. Darin skizzierte er, wie man Pendler unabhängig vom Einkommen entlasten könnte. Danckerts Idee: Die Pendlerpauschale wird aus dem Einkommenssteuergesetz gestrichen, dafür gibt es ein einheitliches Kilometergeld. Dann würden die Herren Müller und Meier in gleicher Höhe entschädigt. Bei einem Satz von fünf Cent pro Kilometer bekämen beide ein jährliches Fahrgeld von 230 Euro – wenn wie bei der Pendlerpauschale erst ab dem 21. Entfernungskilometer gezahlt würde. Doppelt so viel (460 Euro) wären es, wenn vom ersten Kilometer an gerechnet würde. Nebeneffekt: Besserverdienende Pendler werden deutlich schlechter gestellt als bisher. „Ich glaube, dass das dennoch eine gerechte Lösung wäre“, sagt Danckert.

Das glauben inzwischen auch andere. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel warb jüngst in der SPD-Fraktion für eine Reform. Im „Spiegel“ deutete er jetzt eine „sozialdemokratische Antwort auf die populistische Forderung der CSU nach einer Rolle rückwärts bei der Pendlerpauschale“ an. SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber ist schon lange der Meinung, dass die Pendlerpauschale reformiert werden muss. Momentan, so Kelber zur MAZ, werde alles durchgerechnet. Eine Idee dabei: Die bislang unbegrenzte steuerliche Absetzbarkeit von Treibstoffkosten für Dienstwagen wird gedeckelt. Das Geld daraus könnte zu Gunsten der einkommensschwachen Pendler umgeschichtet werden. Noch in diesem Jahr werde es einen konkreten Vorstoß geben, verspricht Kelber.

Auch die Opposition ist aufgeschlossen. „An uns würde das nicht scheitern“, sagt Grünen-Finanzexpertin Christine Scheel. Nur im (SPD-geführten) Finanzministerium ist man skeptisch und verweist darauf, dass das Steuersystem nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit funktioniere. Wer wenig verdiene, zahle wenig oder gar keine Steuern. „Und weniger als keine Steuern geht nicht.“ (Von Henry Lohmar)

Ihre Meinung ist gefragt!